

Sprechzettel

der Landtagsabgeordneten Regina Kopp-Herr (SPD)

**anlässlich der 23. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 2. Februar 2011 – Tagesordnungspunkt 8:**

**Landesinitiative Frau und Wirtschaft – 16 regionale Kompetenzzentren Frau
und Beruf an den Start bringen!**

**Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 15/1195 (Neudruck)**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

die Regionalstellen Frau und Beruf oder auch Frau und Wirtschaft sind bei uns in Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 1988 eingerichtet und ausgebaut worden. Die vormaligen SPD- beziehungsweise von SPD und GRÜNE geführten Landesregierungen taten dies folgerichtig vor dem Missstand, dass gleichstellungspolitische Anliegen von den damaligen arbeitsmarkt-, wirtschafts- und bildungspolitischen Akteuren zu wenig beachtet wurden, geschweige denn ihrer Wertigkeit entsprechend Berücksichtigung fanden. Zudem war eine entsprechende frauenpolitische Infrastruktur faktisch nicht vorhanden. Vom gleichem Entgelt für gleich und gleichwertige Arbeit oder Gleichstellung in Entscheidungsprozessen ganz zu schweigen.

Die darauf folgenden achtzehn Jahre waren eine Erfolgsgeschichte bei der Umsetzung von Chancengleichheit. Denn gleichstellungspolitische Fragestellungen und deren Umsetzung in reale gleiche Voraussetzungen bei der Ausbildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen und Mädchen sind zu keiner Zeit so sensibilisiert auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wirtschaft, im Bildungswesen und nicht zuletzt in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wahr- und aufgenommen worden, wie zu dieser Zeit. Die damaligen Landesregierungen und die jeweiligen sie tragenden Mehrheiten hier im Landtag schufen den für eine solche Gleichstellungspolitik notwendigen rechtlichen Rahmen und unterstützten die Institutionen und die in ihnen wirkenden Akteurinnen und Akteure der Wirtschaft und Verwaltung, den kommunalen Gebietskörperschaften wie in den Ehrenämtern bei den durchzuführenden Maßnahmen finanziell, institutionell und organisatorisch, da die alleinige moralisch-ideelle Unterstützung zwar an sich nobel aber zur Zielerreichung letztendlich unzulänglich ist.

Meine Damen und Herren,

die Ausgangspunkte der Arbeit der Regionalstellen haben sich bewährt, als da sind, die Anliegen, Erfahrungen, Interessen sowie Kompetenzen von Frauen und Mädchen im Austausch mit Ihnen zu arbeiten. Damit daraus individuelle persönliche wie berufliche Perspektiven entstehen, welche ausgebaut und vertieft werden, damit die Betroffenen eine nachhaltige Zukunft auf dem Arbeitsmarkt oder in einer freiberuflichen Selbstständigkeit haben. Dafür leisteten die Regionalstellen einen bedeutenden Anteil. Damit Frauen und Mädchen vor dem Hintergrund ihrer individuellen Lebenslage und Erfahrungen ihre Existenz erfolgreich

sichern können. Folgerichtig unterstützte das Land Nordrhein-Westfalen sowohl das vielfältige Engagement als auch die kreative Arbeit der Regionalstellen besonders in deren Schwerpunktbereichen:

- Berufswahlorientierung und Lebenswegplanung für Mädchen;
- Beruflicher Wiedereinstieg und Neuorientierung;
- Existenzgründung;
- Förderung betrieblicher Chancengleichheit und
- Regionale Strukturpolitik.

Kolleginnen und Kollegen,

und dann verkündete eine gerade ein Jahr im Amt befindliche schwarz-gelbe Landesregierung ihre sogenannte Neuausrichtung der Frauenpolitik. Nachdem in Sonntagsreden die Bedeutung der eben dieser als zentrale Herausforderung und Querschnittsaufgabe und das konsequente Umsetzen des Gender Mainstreaming auch bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verkündet worden war, transportierten dies Staatskanzlei, der Frauenminister wie die Sprecherinnen und Sprecher von schwarz-gelb dies in einem ersten Akt in damals gewohnter medialer Superlative.

Als dann der Vorhang im schwarz-gelben Schauspielhaus fiel, bereiteten sie 2005/2006 hinter den Kulissen den Todesstoß für diese Einrichtungen zur Arbeitsmarktberatung vor.

Die kommunalen und freien Träger konnten durch ihre Ko-Finanzierung die massiven Kürzungen der Landesförderung vielerorts nicht kompensieren. Dies bedeutete das sichere Aus für die Regionalstellen und deren anerkannte Erfolge bei der beruflichen Orientierung von Frauen und Mädchen und konterkarierten das eigene schwarz-gelbe Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

War der Auftritt des Frauenministers und sein Bekenntnis für die Regionalstellen noch ein Teil der Komödie, entpuppte sich dieses im zweiten Akt als tragisches Trauerspiel mit der Enthauptung der Träger, deren Beschäftigten und der zufriedenen Kundschaft. Die Einstellung der Förderung zum Jahresende 2006 bedeutete das, ich erwähnte es bereits, sichere Aus der Regionalstellen und im dritten Akt auch deren frauenpolitisches Ende in den fünf Regionalräten, in denen sie bis dato beratende Mitglieder waren.

Gründe wie Doppelstrukturen abschaffen, Kompetenzen bündeln und auf angeblich unumkehrbar erzielte Erfolge zu verweisen, schoben die politisch Verantwortlichen in der Staatskanzlei und dem Frauen- wie Wirtschaftsministerium dann als vermeintliche Legitimation nach.

Soweit zur Historie.

An dieser Stelle möchte ich denen danken, die nach 2006 die Arbeit der Regionalstellen in anderen Strukturen erfolgreich weitergeführt haben. Dazu beziehe ich ausdrücklich die beteiligten Kommunen und die freien Trägerinnen und Träger mit ein.

Doch nun zum Kern unseres heutigen Antrags. Es ist der feste Wille und erklärtes Ziel unserer Koalition und der Landesregierung, die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben abzubauen. Aus diesem Grund wollen wir, dass mittels Umsetzung der Landesinitiative Frau und Wirtschaft in sechzehn Arbeitsmarktregionen unseres Landes ein Netzwerk regionaler Kompetenzzentren Frau und Beruf entsteht.

Es soll auf Bewährtem aufbauend, ergänzend, gebündelt, vielseitig vernetzt und transparent die Lobbyfunktion übernommen werden. Damit qualitative Standards bei der Umsetzung von frauenspezifischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktprojekten auch langfristig wie nachhaltig gewährleistet bleibt.

Wir wollen zwar auf Bewährtem aufbauen. Doch ich betone: Wollen wir damit keine Parallelstrukturen zu bestehenden Einrichtungen und Initiativen aufbauen. Und erst recht nicht wollen wir nach fünf Jahren einfach nur nahtlos dort was es früher gab. Denn zu Recht würde man uns dann vorwerfen, einfach nur alten Wein in neuen Schläuchen zu präsentieren. Das Gegenteil ist der Fall. Der Leitgedanke unserer Landesinitiative Frau und Wirtschaft ist vielmehr: Auf zu neuen Ufern.

In dem gemeinsam von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und uns vorgelegten Antrag begründen wir ausführlich die regionalen Erfordernisse bei der landesweiten Ausrichtung dieser Kompetenzzentren. Ebenso erklären wir dort eingehend unsere Vorstellungen von Trägerschaften sowie die Anforderungen an die regionale Vernetzung und deren Steuerung.

Nach unseren Vorstellungen soll bereits in diesem Jahr die Ausschreibung von sechzehn regionalen Kompetenzzentren Frau und Beruf erfolgen. Vorab sind die dafür notwendigen Leitlinien und ein Evaluationsplan zu entwickeln, die dem für diesen Antrag federführenden Ausschuss vorzustellen sind. Und diesem ist mindestens zweimal in der Legislaturperiode über Erfolge und Fortschritte der Landesinitiative Frau und Wirtschaft Bericht zu erstatten.

An dieser Stelle danken wir all denen, die bereits schon jetzt ihre Vorstellungen zu den Aufgaben, Chancen und Themenfeldern einer regionalen Frauen-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik vorbereiten. Diese Autorinnen- und Autorentams verdienen unser aller Respekt und Anerkennung.

Sie haben Anspruch darauf zu erfahren, wie umsichtig mit ihre kreativen Ideen und konstruktiven Anregungen umgegangen wird.

Was bislang an uns als Abgeordnete herangetragen wurde reicht von der Hochqualifiziertenförderung, Unterstützung beim Sprung in das kalte Wasser der Selbstständigkeit, Angebote zu Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Migrationshintergrund bis zum zeitlosen Dauerbrenner, eben der besseren Vereinbarung von Familie und Beruf.

Kolleginnen und Kollegen.

Auch aufgrund dieser positiven Eindrücke betone ich: Es ist für uns selbstverständlich, dass die regionalen Kompetenzzentren Frau und Beruf in den entsprechenden arbeits- und strukturpolitischen Gremien möglichst Sitz und Stimme haben. Denn ihr Platz dort ist nach unserem Willen ganz gewiss nicht am Katzentisch.

Schlussformel.

* * *